

Niederschrift der 29. Ratssitzung vom 22.06.2017

Ort: Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526
Sangerhausen

Tag: 22.06.2017

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann und 26 Stadträte

Herr Thomas Klaube	CDU
Herr Udo Lucas	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM

Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Gerhard von Dehn Rotfelser	BOS

Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN

Herr Harald Oster	FDP
-------------------	-----

entschuldigt fehlten:	Herr Volker Schachtel	CDU
	Frau Regine Römmisch	CDU
	Frau Regina Stahlhacke	CDU
	Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
	Herr Harald Koch	fraktionslos

neu verpflichtet:	Herr Mario Milde	FDP	16:04 Uhr
verspätet erschienen:	Herr André Reick	B.I.S./FBM	16:05 Uhr
	Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.	16:27 Uhr
	Herr Frank Schmiedl	CDU	16:30 Uhr
	Frau Antje Rödiger	SPD/ DIE GRÜNEN	16:43 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Thomas Klaube	CDU	17:35 Uhr
	Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.	18.06 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Heiko Blesse		
	Herr Peter Dietrich		
	Herr Uwe Görlich		
	Herr Sascha Groß		
	Herr Rudolf Henkner		
	Herr Uwe Hornickel		
	Herr Stefan Klaube		
	Herr Ralf Kujawski		
	Frau Ulrike Lange		
	Herr Ulrich Mannheim		
	Herr Eberhard Nothmann		
	Herr Mario Pastrik		
	Frau Iris Reiche		
	Frau Katrin Scheffel		
	Frau Martina Schneidewind		
	Herr Axel Sell		
Ortsbürgermeister:	Herr Tim Schultze	OT Wettelrode	
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Finanz- und Personalverwaltung	
	Herr Torsten Schweiger	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
	Frau Karin Schiller	SB Referat Ratsbüro	
	Frau Simone Jung	SB Referat Ratsbüro	
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 28. Ratssitzung vom 18.05.2017**
- 4. Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten nach § 53 (2) KVG LSA**
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

- 7.1 Rahmenbeschluss für das Schuldenmanagement der Stadt Sangerhausen
- 7.2 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 88.000,00 € unter dem Produkt 51100100 für Geschäftsaufwendungen u.a. IPM
- 7.3 Erweiterung und Beantragung der Betriebserlaubnis für die Kindertageseinrichtung in Wippra zur Aufnahme der Betreuungsplätze des Hortes Wippra
- 7.4 Abwägungsbeschluss zur 1. einfachen Änderung des Bebauungsplanes Mühlgasse
- 7.5 Satzungsbeschluss zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Mühlgasse
- 7.6 – Widerspruch gegen die Ablehnung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 17.05.2017 – Nr. 1-46/17 Aufhebung des Sperrvermerkes für die Mitfinanzierung der Errichtung einer LSA an der Kreuzung B 86/K 2301
- 7.7 Bestimmung eines Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz" zum 01.08.2017

8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

- 8.1 Änderung Beschluss des Stadtrates Nr. 11-24/16, Grundstückstausch zum Vorhaben Neubau Kinderhort Poetengang, Gemarkung Sangerhausen, Flur 15
- 8.2 Antrag auf Verlängerung einer zinslosen Stundung einer Beitragsforderung
- 8.3 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz

9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

- 9.1 Informationen - Sachstand zum Erwerb von Grundstücken durch die LGSA gemäß Bodenbevorratungsvertrag
- 9.2 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom 09.05.2017 zur Übernahme und Ausführung einer ausstehenden Zahlung an den Wasserverband

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 29. Stadtratssitzung und begrüßt den amtierenden Oberbürgermeister, den neu gewählten Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 26 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 7.7 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 8. - 9.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Skrypek:

Die Verwaltung schlägt folgende Änderungen vor.

- **Neu aufgenommen wird der TOP:**

7.0 *Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates*

- **Folgende TOP werden von der Verwaltung zurückgezogen.**

7.6 *Widerspruch gegen die Ablehnung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 17.05.2017 – Nr. 1-46/17 Aufhebung des Sperrvermerkes für die Mitfinanzierung der Errichtung einer LSA an der Kreuzung B 86/K 2301*

8.2 *Antrag auf Verlängerung einer zinslosen Stundung einer Beitragsforderung*

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 28. Ratssitzung vom 18.05.2017

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Niederschrift einstimmig genehmigt.

4. Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten nach § 53 (2) KVG LSA

Herr Skrypek:

"Für Herrn Udo Schwarz rückt Herr Mario Milde, wohnhaft in Sangerhausen, Ernst-Thälmann-Straße 40, nach. Die Mandatsannahme liegt schriftlich vor. Herr Milde war zuletzt als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt tätig. Herr Milde ist anwesend und kommt nach vorn.

Verpflichtungstext:

Ich verpflichte Sie gemäß § 53 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Amtspflichten. Sie haben alle ehrenamtlichen Rechte und Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.

Nach § 30 Abs. 3 KVG LSA sind die Mandatsträger auf die ihnen nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest:

Als Mitglied des Stadtrates sind Sie schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und haben die Kenntnisnahme durch Ihre Unterschrift bereits dokumentiert. Diese Erklärung liegt vor.

Damit ist die Verpflichtung gemäß § 53 Abs. 2 KVG LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

16:04 Uhr

Herr Milde ist verpflichtet = 28

16:05 Uhr

Herr Reick kommt = 29

5. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 23.06.2017 zugeschickt.

Herr Poschmann informiert, dass vor der Ratssitzung der Abschlussbericht des Sachsen-Anhalt-Tages an die Fraktionen verteilt wurde. Darin ist alles dokumentiert. Eine Übersicht über die finanziellen Auswirkungen wurde bereits im Vorfeld bereitgestellt. Damit ist für die Stadt das Kapitel '20. Sachsen-Anhalt-Tag' abgeschlossen.

6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

Herr Kotzur knüpft an das Thema 'Sachsen-Anhalt-Tag' an. Er war erschrocken, als er vor ca. anderthalb Wochen in der Zeitung las: "Wir haben entschieden, an dem Sachsen-Anhalt-Tag in Eisleben nicht teilzunehmen, aus finanziellen Gründen." Es hat in keinem Hauptausschuss und in keinem anderen Ausschuss, in keinem Bericht der Verwaltung an den Stadtrat, irgendwann, einen Hinweis darauf gegeben, dass sich die Stadt Sangerhausen an dem Sachsen-Anhalt-Tag in Eisleben nicht beteiligt. Stimmungen und Meinungen sind aufgetreten, wie z.B. dass die Sangerhäuser mit den Eislebern nichts zu tun haben wollen usw.. Wenn die Finanzlage auch schlecht ist, die Hüte sind da, die Ketten sind da und wenn hier einmal darüber gesprochen worden wäre, wäre seines Erachtens mindestens der halbe Stadtrat privat nach Eisleben gefahren und hätte an dem Umzug teilgenommen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann antwortet, dass nicht gesagt wurde, dass nicht am Umzug teilgenommen wird. Es wurde lediglich gesagt, dass die Stadt mit keinem eigenen Bild teilnehmen wird. Der Landkreis wurde darum gebeten, das wieder in sein Bild einzupflegen. Mit der Rosenkönigin und dem Kobermännchen war die Stadt in diesem Bild vertreten. Wer sich den Umzug angesehen hat, konnte feststellen, dass viele Musikgruppen aus Sangerhausen dabei waren, sowie Vereine. Durch die Stadt wurde lediglich das Bild nicht so gestaltet, wie man das, einer Vorgängerstadt in der Vergangenheit eingeräumt hat. Das wurde auf finanziellen Gründen nicht gemacht. Die Vorgängerstädte haben sich immer schwer getan, nach einem Jahr noch einmal einen Festumzug mit einem separaten Bild zu gestalten. Er erinnert daran, dass das Bild von Köthen in Sangerhausen auch verhältnismäßig überschaubar war. Die sind auch im Landkreis Anhalt-Bitterfeld mitgelaufen. Wir hielten es für angemessen, denn es wären Kosten auf die Stadt zugekommen, die hätten mit dem beanstandeten Haushalt nicht gestemmt werden können. Sicher wäre der eine oder andere auch auf eigene Kosten gegangen. Daran wurde nicht gedacht.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche betont, dass es seine Fraktion auch nicht gelten lässt, dass es der Haushalt der Stadt nicht hergibt. Wenn hier im Stadtrat, dieses Thema angesprochen worden wäre, wäre auch bestimmt die Bereitschaft da gewesen, über Fraktionsgelder, über persönliche Gelder, etwas aufzubringen, um daran teilzunehmen. "Es wäre uns sogar ein Ehre gewesen, an dem 21. Sachsen-Anhalt-Tag teilzunehmen und es hätte uns gut gestanden, dort etwas zu machen." Nicht umsonst wird oft genug die Rosenstadt GmbH kritisiert, dort etwas aufzubringen, sodass ein paar Rosen und ein Fahrzeug vorhanden sind. Es gibt viele Unternehmer unter den Stadträten oder es hätten geschmückte Privatfahrzeuge zur Verfügung gestellt werden können. Es hätte nur gefragt werden müssen. Sie selbst waren verärgert darüber, dass sie es nicht von sich selbst aus gemacht haben, daran teilzunehmen. Es steht der Stadt wirklich nicht gut. Er fordert den Oberbürgermeister auf, die Kritik aufzunehmen und keine Ausreden an Geld zu bringen. Hier hätte die Stadt wirklich etwas machen können. Auch noch zum Thema 'Sachsen-Anhalt-Tag' richtet er sich mit folgenden Worten an Herrn Kotzur: "Ihre Landrätin macht den Berg in Blankenheim auch viel höher. Das muss man dazu sagen. Wenn sie in ihrer Antrittsrede zum Sachsen-Anhalt-Tag den 20. Sachsen-Anhalt-Tag in Sangerhausen als 'Generalprobe für Eisleben' sieht, ist das beschämend. Davon sollten wir uns wirklich distanzieren. Ich sage das als Stadtrat. Wir haben uns alle engagiert und eingebracht. Ich habe mich als Unternehmen und persönlich eingebracht. Ich fühle mich da wirklich persönlich angegriffen und erwarte von der Landrätin, dass sie dazu eine Stellungnahme abgibt, wie sie das meint und eine Entschuldigung für die Sangerhäuser wäre hier das Mindeste - und das auch öffentlich."

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM - Fraktion

Frau Liesong spricht 1.) an, dass 'Die Linke. von Mansfeld-Südharz' jetzt auch ihren 'Karl-Theodor zu Guttenberg' hat, der nur 'Zobel' heißt. Um Schlimmeres und Übel zu verhindern, was er mit Sicherheit bereits angerichtet hat, möchte sie die Stadt bitten, darauf hinzuwirken, dass dieser Hilfverein für seelisch Behinderte, der am Bahnhof untergebracht ist, auf jeden Fall erhalten bleibt. Allein kann er die Miete, die er am Bahnhof zahlen muss, nicht stemmen. Bisher hatte sich Herr Zobel bei der Zahlung der Miete eingeklinkt und diese übernommen. Wenn das wegfällt, muss die Stadt Wege suchen, wie dieser Verein, der eine gute und immer notwendiger werdende Suchtbetreuung bzw. Beratung und Behandlung von Suchtkranken bietet, erhalten werden kann. Es ist ein dringendes Anliegen, das in der Stadt zu erhalten. 2.) geht es um etwas politisch völlig anderes. Vor Kurzem erhielt sie einen Brief mit der Abbildung von Hamstern. Sie ist seit Jahren Spender vom BUND. In diesem 'Bettelbrief' vom BUND wurden eindeutig Falschaussagen getroffen. Sie betont, dass dieser Spendenbittbrief wirklich nur die Hamsterregion hier in Sangerhausen betrifft und liest den 1. Satz vor.: "Sollten jedoch Stadt und Investor auf unsere Forderungen nicht eingehen, werden wir gegen die Bebauung von Hamsterflächen erneut Klage einreichen." Die Forderung der Flächen bezieht sich auf die Alternativfläche, die angedacht war. Sie war dann wieder verlassen worden, weil dort auch Hamster leben. Deshalb ist die Stadt wieder auf die alte Fläche zurückgezogen. Der BUND bezieht sich jetzt auf diese Fläche, die genauso von Hamstern besiedelt ist und somit keine Alternative darstellt. Sie liest den 2. Satz dazu vor: "Deshalb hoffe ich bei dem Kauf von Hamsterflächen und für den eventuellen Rechtsstreit für den Hamster auf die Hilfe möglichst vieler Naturfreunde." Es soll also Geld dafür gespendet werden. Sie bietet an, dass das Schreiben auf ihrem Platz eingesehen werden kann und schließt mit folgender Aussage. "Niedliche Tierchen, die hier missbraucht werden."

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Hecker, BOS - Fraktion

Herr Hecker stellt fest, dass der Oberbürgermeister zur Sperrung alles gesagt hat. Die Stadt will den Landkreis mit ins Boot holen. Er schlägt vor, dass die Polizei mit ins Boot geholt wird, damit diese Strecke kontrolliert wird. Es wird nicht eingehalten, dass Fahrzeuge über 7,5 t über den Pfaffenberg fahren. Damit meint er nicht die Schulbusse sondern Reisebusse, die über den Pfaffenberg zum Bergwerk Wettelrode fahren. Dazu werden sie noch eingeladen, durch das gelbe Schild in Lengefeld, kurz vor der Einfahrt Pfaffenberg. Das ist nicht in Ordnung. Ihm ist

nicht bekannt, wer das dort hingestellt hat, ob das die Rosenstadt GmbH oder der Bauhof Sangerhausen war. Er bittet um Klärung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat gelesen, dass die Polizei dort schon im Einsatz ist. Das stand heute so in der Zeitung.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Hecker, BOS - Fraktion

Herr Hecker entgegnet, dass sie das abgelehnt haben.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat das noch nicht gehört. Das Problem ist leider nicht ausgestanden und verschärft sich noch. In diesem Gebiet finden sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr weitere Baumaßnahmen statt, die ganze Ortslagen lahm legen werden.

Anfrage des Stadtrates Herrn Jung, Fraktion SPD / DIE GRÜNEN

Herr Jung stellt eine Frage zur Fernwasserleitung, die seines Erachtens in die Öffentlichkeit sollte. Er fragt, wie derzeit darüber diskutiert wird, dass die Fördermittel eigentlich nur bis zur Fertigstellung, Ende 2017 gedacht waren. Gibt es schon Diskussionen mit dem Fördermittelgeber? Er hat gehört, dass März 2018 avisiert ist. Wie wird damit umgegangen? Gibt es Informationen?

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger antwortet, dass die Verbandsgeschäftsführung in der letzten Sitzung darüber informiert hat, dass sie mit dem Fördermittelgeber genau zu diesem Thema in Kontakt ist, um eine Verlängerung zu erreichen, damit die Fördermittel nicht verfallen.

16:27 Uhr
Frau Spröte kommt = 30

Anfragen des Stadtrates Herrn Polster, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Polster hat 2 Anfragen. Die 1. Anfrage geht an die Verwaltung. Seine Fraktion hat in der letzten Ratssitzung den Arbeitsauftrag an die Verwaltung gegeben, dass eine Baumschutzsatzung erstellt werden soll. Er fragt nach dem Sachstand. 2.) hat er vermehrt gehört und festgestellt, dass der Wasserverband "Südharz" die Querschnitte zu den Löschwasserhydranten von 100 oder 150 auf 60 verringert und das kontinuierlich, Stück für Stück, versucht, zu realisieren. Nach dem Gesetz haben die Gemeinden für ausreichende Löschwasserversorgung Sorge zu tragen. Damit ist die Löschwasserversorgung aber eine kommunale Pflichtaufgabe. Der Verband begründet den Rückbau damit, dass diese Aufgabe nicht vertraglich geregelt wäre. Der Verband hat aber alle Anlagen von der Kommune (Stadt) übernommen und somit auch die Wasserversorgung und dessen Pflichtaufgaben, die die Stadt vorher hatte. D.h., sie haben die Anlagen für Trink-, Brauch- und auch für Löschwasser übernommen. Der Rückbau und somit die Nicht-mehr-Gewährung der Pflichtaufgabe der Löschwasserversorgung stellt ein immenses zukünftiges Risiko für die Eigentümer und Bürger der Stadt dar. Das führt bei Neubauvorhaben unweigerlich dazu, dass der Bauherr bzw. der Investor den Nachweis erbringen muss, dass das Löschwasser für das neue Bauvorhaben ausreichen wird und er auf seine Kosten alle Notwendigkeiten zu erbringen hat, um dieses Löschwasser bereitzustellen. Das würde die Investition sämtlicher Baumaßnahmen zunichte bzw. so teuer machen, dass sie kaum noch realisierbar sind. Das führt dazu, dass noch weniger in der Stadt passiert, als bisher. Es wird zu Klagen kommen, die letzten Endes nicht den Wasserverband, sondern die Stadt treffen werden. Das belastet zusätzlich den Haushalt und Stadt und Verwaltung müssen dafür geradestehen, für das, was dort jetzt passiert. Der

Rückbau muss unverzüglich gestoppt werden. "Herr Oberbürgermeister, sorgen Sie bitte als unser Vertreter dafür, dass der Verband für uns als Kommune und für uns als Bürger da ist. Diesem Standpunkt scheint der Verband sehr weit entfernt zu sein." Er hat auch andere Bürger gehört, die ihre rechtskräftigen Widerspruchsmöglichkeiten genutzt haben und kostenpflichtig jetzt noch mehr zu bezahlen haben als vorher, bloß weil der Widerspruch zu bearbeiten ist. Was dieser Verband hier zur Zeit veranstaltet, hat er bisher nicht erlebt.

16:30 Uhr
Herr Schmiedl kommt = 31

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann geht auf die letzte Aussage ein. Widersprüche sind kostenpflichtig. Darauf wird auch immer hingewiesen. Das wurde vom Stadtrat durch die Satzung auch beschlossen. Das ist nicht neu. Es wird eine zusätzliche Leistung erbracht, die kostenpflichtig ist. Zum Sachstand Baumschutzsatzung. Z.B. ist ein großer Katalog eingegangen, in dem es darum geht, wie man sich in Wettelrode vorstellt, die Linden zu schützen. In der letzten Ratssitzung hatte er bereits gesagt, dass eine Überarbeitung bis heute nicht realisierbar ist. Er avisiert September oder Oktober.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger verweist darauf, dass die Stadt eine Baumschutzsatzung hat. Diese erfüllt auch grundsätzlich ihren Zweck. Die angefragte Erweiterung ging ja darum, dass man insbesondere den besseren Schutz der Naturdenkmäler verankert. Er verweist auf die Diskussion im Ortsteil Wettelrode. Der Landkreis als zuständige Untere Naturschutzbehörde und auch die Denkmalbehörde führt im Moment in allen Kommunen Untersuchungen durch, um insbesondere die Naturdenkmäler noch einmal neu zu erfassen. Es geht darum, zu prüfen, ob die bereits im Verzeichnis erfassten, noch vorhanden sind und ob es zwischenzeitlich neuere gibt, die noch nicht unter Schutz gestellt sind. Die Anfragen werden von der Verwaltung in der Regel an die Ortschaften weitergeleitet. Zunächst geht es um eine Bereinigung und das wäre die Grundlage dafür, sich zu verständigen, wie die Pflegekonzeption auszusehen hat. Es wird eine separate Pflegekonzeption gefordert. Hierbei ist der Landkreis auch mit dem Landesverwaltungsamt im Gespräch, weil die zuständige Behörde eine solche Pflegekonzeption veranlassen und die Kommunen anhalten muss, das in ihren eigenen Satzungen zu verankern. Wie der Oberbürgermeister das in der letzten Ratssitzung gesagt hat, wird das noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Er rechnet mit ersten Entwürfen im Herbst diesen Jahres.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann äußert sich zur Löschwasserproblematik folgendermaßen. Man muss aufpassen, dass kein Rückbau erfolgt, der die Stadt in die Pflicht an Stelle anderer nimmt. Es ist bekannt, dass der Zweckverband Rohrdimensionsanpassungen vornehmen muss, auf Grund technischer Voraussetzungen. Das erfolgt in Abstimmung mit der Stadt. D.h. wenn Hydranten zurückgebaut werden, wird das mit dem Fachamt abgestimmt. Seines Erachtens gibt es ein gutes Miteinander mit dem Zweckverband. Die Diskussion gab es hier im Rat schon einmal. Der Verband kann sich hier nicht entziehen, denn er hat das Anlagevermögen erhalten und das muss dieses auch abdecken, an den Stellen, wo es technisch möglich ist. Vorrang hat natürlich die Trinkwasserversorgung. Wenn, aus welchen Gründen auch immer, z.B. die Durchflussmenge nicht mehr ausreichend ist, um die Dimension zu halten, muss man unter Umständen auch andere Lösungen finden. Das kann man nicht ganz ausschließen und nur im Einzelfall bewerten. Die Stadt muss auf den Abschluss des Vertrages drängen.

Anfrage des Stadtrates Herrn Oster, FDP - Fraktion

Herr Oster nennt ein Beispiel. Oben Am Fass wird zur Zeit eine 70 m lange neue Trinkwasserleitung verlegt. Diese ist erforderlich geworden, weil man die Querschnitte

verändert und auch neu verlegt hat. Dabei hat man 2 Gartengrundstücke nicht angeschlossen. Die Wasseruhr wird natürlich in diesem Bereich abgelesen. Er fragt, wer für die Mehrkosten aufkommt. Es handelt sich hier offenbar um einen Planungsfehler. Jetzt wurde auf dem Weg, der zu den Gärten führt, auch noch Beton vorgefunden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann auf die Frage spontan nicht antworten. Das muss geklärt werden.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel hat eine Nachfrage zur Löschwasserversorgung. "Gibt es eine Aufgabenübertragung für die Löschwasserversorgung von der Stadt Sangerhausen? Verantwortlich für die Löschwasserversorgung aller Kommunen ist entsprechend Brandschutzgesetz jeweils die Kommune."

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann antwortet, dass es diese nach Satzung gibt. Das Netz wurde übertragen. Damit ist für alles, was netzgebundene Trinkwasserversorgung ist, der Zweckverband zuständig, im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel entgegnet, dass der Wasserverband selbst sagt, dass ihm ausweislich die Verbandsaufgabe der Trinkwasserversorgung der Stadt Sangerhausen mit Ausnahme der Ortschaft Wippra übertragen wurde. Eine Übertragung der Aufgabe der Löschwasserversorgung entsprechend Brandschutzgesetz ist nicht erfolgt. Grundsätzlich darf der Verband nur innerhalb der ihm übertragenen Aufgaben tätig werden. Es liegen jetzt 2 Rechtspositionen vor.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann stellt fest, dass er falsch verstanden wurde oder sich nicht verständlich ausgedrückt hat. Die Stadt bleibt natürlich verantwortlich dafür. Wenn aber das Netz, welches bisher für die Trinkwasserversorgung genutzt wird, von der MIDEWA übertragen wurde, an den Zweckverband, dann ist dieser im Rahmen seiner Möglichkeiten angehalten, das so zu machen. D.h., es gibt keinen Rückbau ohne Zustimmung der Stadt.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel fragt, ob das auch heißt, dass es keine Änderung der Querschnitte der Leitungen, keinen Wegfall von Hydranten usw. gibt, ohne die Zustimmung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass es das alles gibt, aber nur, was im Rahmen des Löschwasserkonzeptes möglich ist.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Klaube, CDU-Fraktion

Herr Klaube bestätigt, dass Löschwasser wichtig ist. Im Vorfeld muss festgelegt werden, wie es zu legen ist. Der Gesetzgeber sagt, im Umkreis von 300 m zum Schadensobjekt ist die Löschwasserentnahme zu prüfen. Für ein normales Wohngebäude (Einfamilienhaus) wird eine bestimmte Menge benötigt und eine andere für einen Wohnblock. Derzeit steht in der Stadt an manchen Stellen alle 100 m ein Hydrant. Das ist ein sehr hoher Komfort, den die Feuerwehr genießt, aber laut Gesetzgeber sind 300 m nach der einen und 300 m nach der anderen Seite vorgegeben. D.h. alle 600 m reicht ein Hydrant aus. In den Dörfern ist es nicht besser. In

Großleitungen z.B. muss vom Löschteich mit viel Schlauch bis an das andere Ende gekommen werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann informiert, dass die Hydranten alle getestet wurden und mengenmäßig erprobt sind. Es nützt kein defekter Hydrant etwas. Das hat nichts mit den Änderungen zu tun, sondern war auch davor der Fall. Es gibt auch Hydranten, die rein technischer Natur sind, z.B. um abzuschleppen, zu spülen usw..

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche hat noch eine Kritik zum Oberbürgermeisterbericht. Er empfindet es fast wie eine Ohrfeige, wenn man schreibt, dass zeitnah eine Verbesserung in der Walkmühle stattfindet, wenn dort mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwas zurückgebaut wird und nicht darüber nachgedacht wird, was einst im Stadtentwicklungskonzept und in den Masterplänen festgelegt war. Es war immer gewollt, dass die Walkmühle ein Erholungszentrum der Stadt Sangerhausen bleibt. Sangerhausen hat unwahrscheinliche Schwierigkeiten, Investoren zu gewinnen, aber die weichen Standortfaktoren spielen eine große Rolle. Wenn hier so herangegangen wird, dass das eine Verbesserung sein soll, dass hier verzichtet wird, auf etwas, was einst geschaffen wurde und nicht mit allen Mitteln und Möglichkeiten versucht wird, in 5 oder 10 Jahren, dort etwas Vernünftiges zu gestalten, dann ist das nicht zu verstehen. Dass dort in der grünen Oase, wo für die Tiere das Gehege errichtet und besser gestaltet wurde, nicht auch noch ein Spielplatz, wo dieses Zentrum genutzt wird, so entstehen oder erhalten werden kann, das ist auch nicht verständlich. Werden die Terrassen und der Spielplatz zurückgebaut, sodass eine freie Kiesfläche entsteht, dann wird nie wieder etwas dort hinkommen. Laut Finanzminister in Berlin gibt es 28 Mrd. Euro Überschuss zum Soll. Der Oberbürgermeister hat in einem Bericht in der Presse vor der Oberbürgermeisterwahl von 'zivilem Ungehorsam' geschrieben. Hier sollte auch 'ziviler Ungehorsam' demonstriert werden. "Wir machen da nicht mit. Wir wollen da auch keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, dass dort alles platt gemacht wird. Wir wollen eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, damit etwas erhalten wird, damit die Bühne mal wieder genutzt werden kann und auch der Spielplatz zeitnah für die Sangerhäuser und für die Ortschaften da ist."

16:43 Uhr
Frau Rödiger kommt = 32

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann weist darauf hin, dass der Stadtrat das oberste Organ der Stadt ist und das entscheiden kann.

Wortmeldung des Stadtratsvorsitzenden Herrn Skrypek

Herr Skrypek verweist auf den Oberbürgermeisterbericht, in dem geschrieben steht, dass die Ausschüsse darüber beraten sollen. Auch der Hauptausschuss hat sich mit der Thematik beschäftigt und es wurde eindeutig gesagt, dass es zu dem bestehenden Spielplatz keine Alternative gibt. Er ist auch nicht dafür, einfach nur eine Kiesfläche zu schaffen. Auch in den Außenbereichen der Stadt Sangerhausen ist ein Spielplatz angebracht. Dieser sollte nicht einfach wegfallen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann macht darauf aufmerksam, dass kein Haushaltsansatz zur Verfügung steht. Er wird keinen Auftrag unterschreiben, einen Spielplatz zu errichten. Das Geld ist nicht da. Der Ansatz der Verwaltung war, doch nicht den Bauzaun um diesen kaputten Spielplatz stehen zu lassen, sondern diesen einfach wegzunehmen. Damit ist noch kein neuer da. Das ist ihm auch bewusst. Ein neuer Spielplatz bedarf eines Haushaltsansatzes und den kann der Stadtrat schaffen.

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

7.0 Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

- Abberufung:

Herr Skrypek:

Herr **Uwe Zobel** hat die **Fraktion DIE LINKE.** verlassen, alle seine Ämter und u.a. die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundiger Einwohner der Stadt Sangerhausen niedergelegt. Herr Zobel war im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt tätig.

Abstimmung über die Abberufung

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Beschluss-Nr.: 1-29/17

Damit ist Herr Zobel als sachkundiger Einwohner abberufen.

- Berufungen und Verpflichtungen:

Herr Skrypek:

Nach § 49 (3) i.V.m. § 47 (1) KVG LSA schlägt die **FDP-Fraktion** vor, folgende sachkundige Einwohner in die beratenden Ausschüsse zu berufen.

Finanzausschuss

Herr Stefan Klaube

Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus

Herr Ulrich Mannheim

Abstimmung über die Berufungen

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Beschluss-Nr.: 2-29/17

Damit sind Herr Klaube und Herr Mannheim als sachkundige Einwohner berufen.

- Verpflichtung:

Herr Skrypek bittet die sachkundigen Einwohner nach vorn und verpflichtet sie.

Verpflichtungstext:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 30 (3) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben zu erfüllen und sich an die Pflichten laut KVG LSA, §§ 32 und 33, zu halten.

Gemäß § 30 (3) KVG LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest, dass Sie schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt wurden und die Kenntnisnahme durch ihre Unterschriften bereits dokumentiert haben. Diese Erklärungen liegen vor.

Damit ist die Verpflichtung gemäß § 30 (3) KVG LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

• **Informationen über Neubesetzungen in den Ausschüssen**

- FDP-Fraktion:

Herr **Mario Milde** wird als neues Mitglied im **Sanierungsausschuss** und im **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt** benannt.

Herr **Harald Oster** wird als neues Mitglied im **Finanzausschuss** benannt.

Der sachkundige Einwohner Herr **Uwe Görlich** wechselt vom Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus in den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt**.

- Sanierungsausschuss:

Als **stellvertretender Ausschussvorsitzender** wurde am 14.06.2017 Herr **Gerhard von Dehn Rotfelser** (BOS-Fraktion) gewählt.

7.1 Rahmenbeschluss für das Schuldenmanagement der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bestätigt den als Anlage beigefügten Rahmenbeschluss für das Schuldenmanagement der Stadt Sangerhausen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-29/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

7.2 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 88.000,00 € unter dem Produkt 51100100 für Geschäftsaufwendungen u.a. IPM

Herr Schweiger begründet die Beschlussvorlage und bittet darum, folgende Korrektur vorzunehmen. Im gestrigen Hauptausschuss wurde beantragt, im Beschlusstext die Bezeichnung "The Garden" durch "IPM" zu ersetzen, da die Bezeichnung zutreffender wäre. Die Verwaltung als Einbringer hat das übernommen. Es wurde auch gestern die Frage gestellt, ob damit weitere Kosten ausgeschlossen sind. Diese muss er eindeutig mit 'Nein' beantworten. Sofern ein neuer Umsiedlungsantrag gestellt wird, müsste wieder ein neuer Antrag formuliert werden. Dieser ist wieder mit einer Bestandsaufnahme verknüpft, muss begründet werden ect.. Die Finanzierung der Kosten erfolgt aus der Differenz des 'vorläufigen' und des 'endgültigen' Bescheides zur Zahlung der Kreisumlage.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu, unter der Maßgabe, dass im Beschlusstext die Bezeichnung "The Garden" durch "IPM" ersetzt wird.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Herrn Peche fällt es schwer, mit diesem Beschluss umzugehen, auch wenn es nur eine Umschichtung ist. Es wird so viel Geld ausgegeben und man weiß nicht, was zu erwarten ist. Es gab bereits den Stand, die Hamster abzusammeln. Hier hätte ein Status quo errichtet werden können. Ihm war bisher nicht bewusst, dass so viel Geld ausgegeben wurde und das, wo die Stadt in Bezug auf die Hamster am Stand Null angekommen ist. Wäre das vorher gesagt worden, hätte seine Fraktion darauf gedrungen, die 103.000 Euro zum Absammeln der Hamster aufzubringen, um den Status quo zu errichten. Es ist nicht klar, wie es dort weitergeht. Vielleicht wäre der eine oder andere Investor gekommen und die Stadt hätte eine Fläche zur Verfügung gehabt. Jetzt ist alles weg. Er hatte erwartet, in der heutigen Sitzung überhaupt etwas zum Standort zu erfahren. Der Beschluss ist nicht mehr zu ändern, aber die Stadt hätte hier, nach seinem heutigem Kenntnisstand, bedeutend weiter sein können.

Herr Schweiger würde nicht sagen, dass die Stadt am Stand Null angekommen ist. Sicherlich müssen die Anträge in der Frühjahrsumsiedlung überarbeitet werden und sicherlich muss das Bestandsmonitoring noch einmal durchgeführt werden. Im Rat wurde sich darüber verständigt, dass die Anzahlung die notwendige Voraussetzung ist. Der Sachstand ist nicht befriedigend. Für die 2. Augustwoche ist ein Treffen mit dem Projektentwickler und der Investorengruppe geplant.

Herr Hüttel betont, dass das seit 9 Jahren versucht wird. Definitiv sollte gemeinsam mit dem neuen Oberbürgermeister, nach der Sommerpause, beraten werden, ob am Projekt weiter festgehalten werden soll bzw. man sollte an das Land herantreten und ausloten, ob es andere Möglichkeiten gibt.

Herr Jung ist auch bisher davon ausgegangen, dass es sich um einen Antrag handelt, 'neues' Geld in die Hand zu nehmen. Es ist gelaufen und somit eine formale Umbuchung. Er wird vermehrt von Leuten angesprochen (nicht zu arten- bzw. naturschutzrechtlichen Sachen), die fragen, was dort los ist und wer der Investor ist. Er kann es nicht erklären, da er es selbst nicht weiß, wer das ist und was er macht. Von dem Treffen im August erwartet er, dass eine massive Transparenz kommt. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt hat Herr Schweiger gesagt, dass der Investor eine hamsterfreie Fläche will, aber nicht kommen wird, um sich vorzustellen. Wenn heute über zusätzliche Gelder abgestimmt werden würde, würde er nicht zustimmen, allein aus dem Grund, weil eine einstimmige Entscheidung im Stadtrat nicht mehr der Stimmung der Bevölkerung entsprechen würde. Vor einer erneuten Abstimmung über Geldausgaben müssen Informationen kommen.

Herr Schweiger geht davon aus, dass es eine Entscheidung dazu geben wird. Er bittet darum, dass dann alle diese Argumente in die Diskussion eingebracht werden.

Herr Poschmann kann nicht verstehen, dass jetzt alle nicht wissen, wie das Konstrukt entsteht. Im geschlossenen Teil jeder Stadtratssitzung wurde darüber informiert. Vom aktuellen Stand kann auch nachher in der nichtöffentlichen Sitzung berichtet werden. Der Investor erwartet, dass die Verwaltung ihn nicht nennt. Das kann er verstehen. "Wer das nicht verstehen kann, hat noch nie mit einem Investor verhandelt."

Herr Polster vermutet, dass alle in der Situation zu gutgläubig waren. Nach seinem Sachstand wurde mit einem Investor, der namentlich nicht genannt werden will, ein Kaufvertrag über diese Fläche geschlossen. Könnte es sein, dass Bedingung der Kaufpreisfälligkeit, die Hamsterfreiheit ist und dass der Kaufpreis erst dann fällig wird? Dann ist die Stadt eigentlich sowieso dazu verpflichtet, um diesen Kaufvertrag zu realisieren. Sollte ein anderer Investor anfragen, müsste dieser Vertrag theoretisch, kostenpflichtig aus der Welt geschafft werden. Der Investor hätte dann einen Schadensersatzanspruch gegen die Stadt, da diese die Bedingungen nicht erfüllt hat. In der Hoffnung, dass alles wie immer so gut funktioniert, hat er auch zugestimmt, weil es auch ziemlich euphorisch vorgetragen wurde. Er kennt den derzeitigen aktuellen Stand - vertragsmäßig - nicht.

Herr Schweiger bestätigt, dass es Bedingung ist, dass die Hamsterfreiheit der Fläche Voraussetzung ist. Das wurde auch in den Ausschüssen kommuniziert. Der Vertrag ist obsolet durch Fristablauf. Da die Hamsterfreiheit der Fläche nicht realisiert werden konnte, ist der Fristablauf dieses Vertrages gegeben.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den Mehraufwendungen in Höhe von 88.000,00 € unter dem Produkt 51100100 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 54310000 - Geschäftsaufwendungen, insbesondere für die faunistische Vorbereitung des Vorhabens IPM zu.

Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 61110100 - Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen, Sachkonto 53720000 - Allgemeine Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 20
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 12

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-29/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

17:04 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfragen des Bürgers Herr Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram hat 1.) in der Nähe seines Hauses eine "Baumlampe", die nur für einen Baum leuchtet und zwar Hinter der Ulrichkirche zwischen den Nummern 6 und 8. Dort befindet sich Grünbewuchs und eine Betonsäule mit einer Lampe, die einst bis zu seinem Haus hoch geleuchtet hat. Jetzt ist es dort stockdunkel. Entweder schneidet man das frei oder man macht das ganze Unkraut weg, zur Freude derer, die dort parken.
2.) erwähnt er einen Presseartikel, in dem es um die Platzbenennung Marktende - Friedrich-Schmidt-Straße und um Bürgerbeteiligung ging. Er fragt, ob das heute Thema ist und vernimmt ein 'Nein'. Sonst hätte er eine Anmerkung zu dem Platz gemacht. Er könnte auf einen Genscher-Platz und einen Schmied-Platz verzichten. Herr Schneider hat sich darüber ereifert.

Wortmeldung des Stadtratsvorsitzenden Herr Skrypek

Herr Skrypek erklärt, dass der 2.) Punkt in der heutigen Sitzung kein Thema ist. Zum 1.) Punkt hat sich die Verwaltung Notizen gemacht und wird das prüfen.

17:07 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

7.3 Erweiterung und Beantragung der Betriebserlaubnis für die Kindertageseinrichtung in Wippra zur Aufnahme der Betreuungsplätze des Hortes Wippra

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte der Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Der **Ortschaftsrat Wippra** stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Kotzur betont, dass Herr Michael den Diskussionsstand mit seiner Argumentation hier sehr gut zusammengefasst hat. Er ist auch der Auffassung, dass das eine kommunale Aufgabe ist. Er erwähnt die Splittung der Verantwortung der Landkreise und Kommunen, durch ein Gesetz, welches entgegen den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände, durch den Landtag ging und möchte das aber nicht alles wiederholen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die in den kommunalen Einrichtungen der Stadt ihren Dienst tun, leisten sehr gute Arbeit. Sicher ist der Zustand der Kita im Othl nicht der beste. Auf Grund dessen, hatte er im gestrigen Hauptausschuss der Verwaltung den Arbeitsauftrag erteilt, eine Kita-Konzeption, spätestens zur Klausurberatung, vorzulegen. Der Zustand der Kita's soll aufgelistet werden, mit Zeitpunkt, z.B. Neubau, Sanierung, Renovierung. Er plädiert dafür, der Vorlage zuzustimmen, zumal sichtbar wurde, dass der Ortschaftsrat Wippra einstimmig zugestimmt hat. Es ist auch ein Anliegen der Mitarbeiterinnen in Wippra.

Herr Oster gibt an, dass ihn Herr Michael, trotz sehr ausführlicher Darstellung, auch heute nicht überzeugen konnte. Man kann froh sein, Freie Träger zu haben. Die Gegenüberstellung von Freien - und kommunalen Trägern ist seines Erachtens "unanständig". Es geht um den Grundsatz der Berechtigung, dass beides möglich ist. Die Argumentation bezüglich der Beschäftigten kann er auch nicht gelten lassen. Was wird ein Beschäftigter schon sagen, wenn er gefragt wird, ob er einen Arbeitsplatz bei der Stadt haben will? Insbesondere kann er nicht erkennen, wodurch die Stadt besser gestellt werden soll, wenn man nachweisbar und offensichtlich, nicht einmal nach eigener Vorlage richtig rechnen kann. Die Differenz zwischen 17.500 Euro (Stadt) und 24.000 Euro (Freier Träger) beträgt nicht 5.500 Euro, sondern 6.500 Euro. Er wird aus dem folgenden Grund dagegen stimmen. Wenn es einen privaten Träger gibt, muss diese Alternative geprüft werden, um eine Entscheidungsgrundlage zu haben, was wirklich das bessere Konzept ist. Die Vorlage muss abgelehnt werden, denn sonst wird man nie erfahren, was vielleicht ein Freier Träger anbieten könnte. Es geht nicht um das Personal, das hier und da gut ist. Die Stadt hat nicht die Finanzkraft, den Kindern auch in der Ausstattung der Einrichtungen, das zur Verfügung zu stellen, was heute Status quo ist. Das darf nicht auf die Situation der Stadt Sangerhausen heruntergebrochen werden. Allein aus dem Grund, dass keine Alternativen geprüft werden, kann man nicht zustimmen. "Mit Kindertageseinrichtungen kann man kein Geld verdienen, das ist immer letztendlich doch ein Zuschussgeschäft." Die Kinder in den Einrichtungen, die von der Stadt betrieben werden, brauchen die Ausstattung. Darauf sollte der Fokus gelegt werden.

Frau Liesong stellt 1.) richtig, dass es einfach nicht stimmt, wenn dem Sozialausschuss unterstellt wird, dass er sich durch die Einrichtung im Othl beeinflussen lassen hat. Es wurde lediglich der bauliche Zustand angesprochen und nicht das Personal. 2.) ging es im Ausschuss sehr wesentlich auch darum, dass geklärt werden muss, ob ein Freier Träger zur Verfügung steht. Wenn einer zur Verfügung steht, muss geprüft werden, was er für ein Konzept bietet und ob eventuell auch die Möglichkeit besteht, die jetzt schon existierende Einrichtung, die sich in städtischer Hand befindet, zu übernehmen und damit eine Komplexeinrichtung zu betreiben. Der Ausschuss wollte, dass das vorgetragen und auch geprüft wird. Diese Prüfung ist nicht möglich, wenn von vornherein gesagt wird, dass die Stadt die Einrichtung übernimmt. 3.) weist sie darauf hin, dass es keinerlei Zeitdruck gibt. Der Hort wird auf jeden Fall auch ab September erstmal weiter betrieben. Der Zeitdruck käme zum Jahresende. Also hat der Landkreis mit Sicherheit genügend Zeit, um die Übernahme durch einen Freien Träger und dessen Konzepte zu prüfen und erst, wenn das alles vorliegt, sollte darüber entschieden werden. Man darf nicht jetzt schon sagen: "Wir machen das alles und wir halsen uns (das sage ich bewusst) Personal auf, wo der Personalstand das Teuerste in der ganzen Stadtverwaltung ist. Auch das sollte berücksichtigt werden."

Herr Michael informiert, dass sowohl der Stadt, als auch dem Jugendamt, kein Antrag eines Freien Trägers vorliegt. Es gab lediglich eine Anfrage an das Jugendamt zum Hort, aber noch keine feste Antragslage. Beim Landkreis existiert eine Richtlinie, die festlegt, welche Kostenpositionen, wie, in der Bezuschussung laufen. Das bekommt der Freie Träger genauso, wie es die Kommunen bekommen und dort kann er genau seine Kalkulation aufstellen. Diese wird so aussehen, wie letzten Endes der Kostenvergleich der Stadt aussieht, bis auf, vielleicht,

kleine Nuancen. Die Kostenkalkulation könnte sich auch um 1.000 oder 2.000 Euro verschieben, wenn z.B. der Freie Träger dort jemanden im Freiwilligen Sozialen Jahr einsetzt. Die Grundstruktur der Kosten ist klar. Diese gibt der Landkreis vor.

Frau Liesong äußert sich noch einmal konkret dazu. Im Umkehrschluss hieße es dann, dass das, was an Freie Träger überwiesen wurde, schlecht und teuer war. "Dann würden wir eigentlich sagen müssen, alles, was wir bisher getan haben, gehört irgendwie und irgendwann einmal rückabgewickelt."

Herr Michael antwortet, dass das nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Seitdem es die Regelung mit dem Landkreis (2015) gibt, gibt es diese Risiken. Diese liegen nur im § 78 d KJHG (prospektive: Planungs- und Zahlweise) begründet. Daraus ergeben sich für beide Seiten Schwierigkeiten. Seines Erachtens sollte die Stadt die Kosten verwalten, um letzten Endes die Kinderbetreuung abzusichern, indem im Haushalt die zwingend notwendigen Mittel eingestellt werden und der Stadtrat das überwachen kann.

Herr Hüttel kann sich nicht entscheiden, da sich seines Erachtens, die Stadt in der Zwickmühle befindet. Auf der einen Seite, die ideale Lösung: Schule, Kita und Hort in einer Hand. Auf der anderen Seite im Endeffekt würde das, was Herr Oster vorgeschlagen hat, den Kindern besser tun, aber die Stadt muss es trotzdem bezahlen. Das Problem ist der Haushalt der Stadt. Er appelliert an die Verwaltungsleitung und insbesondere an den Oberbürgermeister und fragt ihn, ob er wirklich nach 27 Jahren Verwaltung, nach 7 Jahren als Oberbürgermeister und vielen Jahren als stellvertretender Oberbürgermeister als "Mister No" aus der Stadtverwaltung gehen will. Bei aller Sympathie wäre das schlecht. Im Moment passiert eine reine Streichliste. Die meisten der pflichtigen und alle freiwilligen Aufgaben, die notwendig sind, werden gestrichen. In den ersten 5 Monaten des Jahres wurden erst 14 Prozent dessen für die Unterhaltung der Kindertagesstätten ausgegeben, was im Haushalt eingestellt ist. Das ist nicht normal und man muss sich nicht wundern, wenn die Kindertagesstätten teilweise katastrophal aussehen. Er appelliert an ein Umdenken in der Verwaltung mit dem Ziel, dass das wenige Geld, das eingeplant wurde, auch ausgegeben wird. Wenn so wie bisher weitergemacht wird, dann kommt das Land und insbesondere der Finanzminister und sagt, dass es doch geht und wir noch weniger bekommen. "Wenn wir nicht endlich auf die Barrikaden gehen und die notwendigen Dinge auch in die Hand nehmen, werden wir nicht weiterkommen."

17:35 Uhr
Herr Klaube geht = 31

Herr Michael kommt zum Thema Wippraer Hort zurück. Dieser Hort in der Grundschule ist vom Risiko her, dass zu wenig ankommen könnte, viel einfacher zu händeln. Im Konzept muss hinterfragt werden, ob ein Eigenbetrieb der selber verhandelt, besser ist. Die Betreuung des Hortes läuft im Moment sehr gut und die Stadt bekäme das auch künftig leicht hin. Um das zu sichern ist hier kein Freier Träger notwendig.

Herr Milde bezieht sich auf die Worte von Herrn Oster, dass es besser ist, wenn Alternativen vorliegen, weil man dann sachgerecht abwägen und entscheiden kann. Einer der Vorredner sagte, dass uns keiner drängt, da noch ein bisschen Zeit ist. Er gibt zu Bedenken, wenn heute gegebenenfalls mehrheitlich abgelehnt wird, dass die Vorlage das nächste halbe Jahr nicht wieder aufgerufen werden könnte. Deshalb wäre es günstiger, wenn seitens der Verwaltung darüber nachgedacht wird, diese zunächst zurückzuziehen und sie mit den entsprechenden Angaben nachzureichen, damit sie nach der Sommerpause zum frühestmöglichen Zeitpunkt in den Rat eingebracht und beschlossen werden kann. Am Willen, dass der Hort dort weiterbetrieben wird, ist sicher nicht zu zweifeln. Die Frage ist, in welcher Form.

Herr Skrypek stellt fest, dass die gleiche Diskussion im gestrigen Hauptausschuss stattgefunden hat und entschieden wurde, die Diskussion in den Rat zu bringen, um zu sehen, wo die Intentionen hingehen.

Frau Rauhut plädiert dafür, dieser Vorlage zuzustimmen. Im Ortschaftsrat Wippra wurde darüber diskutiert und er ist zu der einstimmigen Überzeugung gekommen, dass der Hort gemeinsam mit dem Kindergarten, die beste Lösung ist und es sollte nicht immer alles auf die lange Bank geschoben werden. Ob dann irgendwann später einmal der Hort oder die Kindertagesstätte an einen Freien Träger übergeben wird, das kann immer noch überlegt werden, "denn die Leute in Wippra und in den umliegenden Orten, möchten gern Gewissheit haben. Die sind sehr emotional aufgeregt, der Hort geht vielleicht verloren und was wird dann aus unseren Kindern?"

Herr Schmidt möchte daran erinnern, dass es noch nicht lange her ist, als es um die Schließung der Grundschule Obersdorf ging. Es wurde dafür gekämpft, dass diese Grundschule erhalten bleibt, erhalten im kommunalen Bereich. Abgelehnt! Die Schule ist nicht mehr da. Er hat es gestern schon gesagt und sagt es heute noch einmal. Er kann nicht verstehen, wenn man hier einen Kommunalen und einen Privaten gegeneinander ausspielen will. Das funktioniert nicht. Das darf nicht funktionieren. In dem Sinne würde er nicht in einem Objekt, einen kommunalen - und einen privaten Betreiber laufen lassen. Beide sind gut. Die Kommune ist verpflichtet und der private Betreiber, dem traut er das genauso gut zu, dass er das kann. Das beste Beispiel ist für ihn die Freie Grundschule Riestedt, mit der er fast jeden Tag zu tun hat. Alle können es, aber in diesem Fall, bitte unter kommunaler Aufsicht.

Herr Peche knüpft an die Worte seines Vorredners an. Das Argument des letzten Punktes kann man nicht vom Tisch wischen und deswegen sollte man weiter darüber diskutieren. Es besteht noch keine Zeitnot. Außerdem sollte man daran denken, dass bald wieder eine Haushaltsdiskussion zu führen ist. Das Geld hat die Stadt nicht. Das ist das Traurige. "Wir haben das Geld nicht, um für unsere Kinder... "Nein"? (Wortmeldung aus dem Sitzungssaal) Dann sagen Sie mir wo sie es einsparen, an welcher Stelle. Sagen Sie es, was wir dann von unseren Pflichtaufgaben nicht machen. Was lassen wir sein? Wir erfüllen schon so viele Aufgaben nicht, wo wir weiter müssten. Alle kritisieren, dass die Straßen nicht in Ordnung sind. Alle kritisieren den Investitionsstau und Sie wollen jetzt das Geld dorthin umschichten. Welches Geld, bitteschön? Deshalb sollte man Alternativen prüfen und wir vertun uns doch nichts. Es ist heute wirklich nicht gerade schön und Herr Michael, das haben Sie hauptsächlich eingebracht. Die Beschäftigten der Freien Träger und auch die städtischen Angestellten - die sind so gut und die sind so gut. Ich glaube, diejenigen, denen wir unsere Kinder anvertrauen, die machen die Aufgabe alle mit Herzblut und alle sind voll dabei und erfüllen die Aufgabe. Wir brauchen hier nicht Argumente hin- und herzuschieben, dass die Mitarbeiter der Freien Träger so oder die Mitarbeiter von der Stadtverwaltung so sind. Ehrlich, Herr Michael, das ist unwürdig für die Mitarbeiter dieser Verwaltung. "

Herr Michael: "Das habe ich nicht gesagt, Herr Peche. Das hat keiner gesagt."

Herr Peche: "Das ist meine Auffassung und ich darf meine Auffassung sagen, weil es mehrfach kam: die Freien Träger so und die Stadtangestellten so. Das passt hier doch nicht her." Er plädiert dafür, alles genau auf den Prüfstand zu stellen. Das heißt noch lange nicht, dass es nicht in die Richtung 'Stadt' geht. In der nächsten Ratssitzung kann darüber diskutiert werden. Den Schwarzen Peter hatte nicht die Stadt Sangerhausen. Die Stadt Mansfeld hat uns hier unter Druck gesetzt. Er vertritt die Auffassung, dass es in der Bevölkerung auch sehr gut ankommt, wenn alle Alternativen geprüft werden. Wenn die Alternative 'städtische Einrichtung' die beste ist, wird er gern zustimmen. Aber er möchte wissen, was möglich ist und auch, dass "das Geld wirklich in die Kindereinrichtungen reinfließt und nicht in das große Schwarze Loch, wo nur umgeschichtet wird, sodass irgendwelche Pflichtaufgaben noch erfüllt werden können."

Herr Michael erklärt, dass die Finanzierung des Hortes sowieso in den Haushalt einzustellen ist. Wenn die Stadt nicht Träger ist, hat sie die Finanzierung für ein Defizit des Freien Trägers einzustellen. Das sind die Beispiel-Summen, die in der Vorlage genannt werden. Er wiederholt noch einmal, dass er bezüglich der Einrichtung, wo das Objekt in Ordnung ist und wo im Moment die Ausstattung in Ordnung ist, für die Einstellung der notwendigen Ausgaben kein Problem sieht. Es gibt andere Beispiele, wo nachgelegt werden muss. Das wurde hier deutlich

gesagt. Was der Freie Träger letzten Endes für ein Konzept bringt, das prüft und entscheidet nicht die Stadt, sondern das Jugendamt des Landkreises.

Frau Liesong: "Ich erinnere noch einmal daran, dass wir 1. keinen Zeitdruck haben und Frau Rauhut, jetzt spreche ich Sie ganz persönlich an. Sie sitzen als Stadträtin im Stadtrat für die BOS. Sie sitzen als eine Bürgerin von Wippa im Stadtrat und sind gleichzeitig Ortsbürgermeister und wenn Sie uns jetzt unter Zeitdruck setzen wollen, weil sie sagen, es gibt Unruhe in der Bevölkerung, dann reden Sie über das, was man in der Trump'schen Ära als Fake-News bezeichnet."

Herr Skrypek bittet darum, sachlich zu bleiben. Seines Erachtens wird nirgendwo etwas eingespart. Sowohl der Freie Träger als auch die städtische Einrichtung kosten Geld. Positiv auf die Betreibung einer Einrichtung durch einen Freien Träger könnte sich unter Umständen auswirken, wenn Geld des Freien Trägers selbst reinfließt, nämlich durch das eigene Konzept. Aber bis jetzt ist kein Freier Träger da und deshalb sollte überlegt werden, ob der Arbeitsauftrag an die Verwaltung gegeben wird, über den Landkreis genau noch einmal abzurufen, ob es einen Freien Träger gibt oder nicht. Dann könnte die Entscheidung getroffen werden. Herr Schmidt gibt er in der Hinsicht recht, dass alle Einrichtungen der Ortschaft vom gleichen Träger betrieben werden sollten.

Herr Oster spricht den Finanzbedarf an. In der Vorlage wurden die finanziellen Auswirkungen bejaht. Es sind aber keine Zahlen angegeben. Seines Erachtens ist die Beschlussvorlage nicht korrekt und auch unvollständig. Einer solchen Vorlage kann er nicht zustimmen. Zum Alternativvorschlag äußert er sich folgendermaßen. Es wurde gesagt, dass jemand beim Landkreis angefragt hat. D.h., es gibt grundsätzlich ein Interesse. Der Sozialausschuss hatte die Verwaltung darum gebeten, Alternativen zu prüfen. Nachdem der Sozialausschuss der Vorlage nicht zugestimmt hat, hätte er sich heute gewünscht, mehr Aussagen dazu zu erhalten.

Herr Michael antwortet, dass die Stadt Mansfeld keine konkreten Zahlen angegeben hat. Da die Stadt weiß, was die Einrichtung kostet, kommt man auf 89 T€ Ausgaben, 71 T€ Einnahmen und dementsprechend auf ein Defizit von 18 T€. Das ist jedes Jahr neu zu verhandeln, da es von der Anzahl der Kinder abhängt.

Herr Kemesies spricht dafür, heute eine Entscheidung zu treffen. Er vertritt auch die Ansicht von Herrn Schmidt, dass alle Einrichtungen (Schule, Kita, Hort) der Ortschaft in kommunaler Trägerschaft belassen werden sollten. Im gestrigen Hauptausschuss bestand Einigkeit darüber, dass das Konzept bis zur Klausurberatung erarbeitet werden soll. Letzten Endes kann man hinterher entscheiden, welchen Weg man gehen will, ob man einen Freien Träger einbeziehen kann. Die Entscheidung des Ortschaftsrates sollte man auch respektieren. Die Frage, die sich ihm in der Diskussion insgesamt gestellt hat, ist die, dass man weiß, bei welchem Träger die Betreuung besser ist. Das bezweifelt er. Es liegt letztendlich am Stadtrat, der entscheidet, welches Geld, wo, im Haushalt eingeordnet wird, ob für die Kinder oder für etwas Anderes. Abschließend geht er auf den Wortbeitrag von Herrn Oster ein. Er kann nicht nachvollziehen, wie man sagen kann, dass "man mit Kindertageseinrichtungen kein Geld verdienen kann". Einer Kommune geht es nicht darum, sondern es geht in erster Linie um die Sicherung der Kinderbetreuung und in diesem Fall durch die Konstellation Grundschule, Kita und Hort auf kommunaler Ebene. Er hofft und denkt, dass hier und heute eine Entscheidung fällt und die Vorlage nicht vertagt wird. Das wäre nur eine Verschiebung der Sache und der Probleme. Über Freie Träger hat die Stadt sowieso nicht zu befinden. Das ist Aufgabe des Landkreises. Das hat Herr Michael mehrere Male gesagt. Wenn sich kein Freier Träger meldet oder der Landkreis die Daten nicht preisgibt, kann der Stadtrat auch keine Abwägung vornehmen.

Herr Kotzur möchte Herrn Oster an folgendes erinnern. Er zweifelt nicht an, dass alle, die auf dem Gebiet der Kinderbetreuung tätig sind, ihren Job richtig und gut machen. Es wurde gesagt, dass die Stadt Varianten prüfen soll. Wenn aber heute keine Entscheidung fällt, dann muss das Jugendamt eine Ausschreibung machen. Wenn sich jemand an einer Ausschreibung beteiligt, dann hat er einen Anspruch darauf, dass sein Angebot entsprechend geprüft und behandelt wird. Dann kann die Stadt nicht im Nachhinein kommen und sagen, dass die Ausschreibung

aufgehoben werden muss, weil ihr das nicht gefällt. Es liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt, Angebote Freier Träger einzuholen und zu prüfen. Wenn die Vorlage heute vertagt wird, "dann haben wir uns aus unserer Verantwortung gegenüber diesem Hort verabschiedet. Ich bin dafür, dass wir uns dieser Verantwortung stellen, unabhängig davon, wie eventuell ein Kita-Gesamtkonzept, das zur Klausurberatung beraten werden soll, beurteilt wird. Ich bin natürlich auch dafür, dass die Mittel, die im Haushalt eingestellt sind, auch in den Kita's eingesetzt werden müssen."

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Die öffentliche Einrichtung Kita Wippra wird um das Betreuungsangebot für den Hort erweitert.*
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Antrag auf Erweiterung der Betriebs-erlaubnis an den Landkreis Mansfeld-Südharz zu stellen.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	7
Stimmenenthaltungen	=	5

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-29/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

17:55 Uhr
Herr Kinne und
Frau Künzel gehen = 29

7.4 Abwägungsbeschluss zur 1. einfachen Änderung des Bebauungsplanes Mühlgasse

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Abwägung der vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Öffentlichkeit, der Behörden und der Nachbargemeinden entsprechend der in der Anlage beigefügten Abwägungsvorschläge.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 29
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-29/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

7.5 Satzungsbeschluss zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Mühlgasse

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 29
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-29/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

7.6 Widerspruch gegen die Ablehnung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 17.05.2017 – Nr. 1-46/17 Aufhebung des Sperrvermerkes für die Mitfinanzierung der Errichtung einer LSA an der Kreuzung B 86/K 2301

Der Widerspruch wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

7.7 Bestimmung eines Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz" zum 01.08.2017

Herr Poschmann:

"Nach § 5 der Verbandssatzung des Wasserverbandes "Südharz" entsendet jedes Verbandsmitglied einen Vertreter und zwei Stellvertreter in die Verbandsversammlung. Die Rangfolge der Vertretung bestimmt das Mitglied, also der Stadtrat der Stadt Sangerhausen.

Vom Stadtrat sind bisher bestimmt:

Vertreter: Ralf Poschmann
1. Stellvertreter: Torsten Schweiger
2. Stellvertreter: Jens Schuster

Die Amtszeit der Vertreter bzw. Stellvertreter endet mit der Berufung eines Vertreters oder Stellvertreters, also nicht automatisch mit Beendigung des Hauptamtes als Oberbürgermeister, wie in diesem Fall.

Deshalb soll zum 01.08.2017 ein neuer Vertreter bestimmt werden.

17:35 Uhr
Herr Kinne kommt = 30

Mit Herrn Strauß habe ich im Vorfeld gesprochen und dieser hat zugestimmt, dass heute vorgeschlagen werden kann, dass er als Vertreter ab 01.08.2017 zur Verfügung steht.

Damit muss ich nicht zurücktreten. Ich will nach dem 01.08. diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen.

Nach § 11 Abs. 2 GKG LSA erfolgt die Bestimmung durch den Stadtrat in Form einer Wahl. Des Weiteren gelten die Bestimmungen nach § 56 KVG LSA. Wahlen werden gemäß § 56 Abs. 3 KVG LSA nur in den gesetzlich ausdrücklich genannten Fällen durchgeführt. Dies ist hier der Fall. Sie werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen. Wenn kein Mitglied widerspricht, kann offen gewählt werden.

Herr Strauß ist anwesend und wenn Bedarf besteht, würde er hier etwas dazu sagen."

Herr Skrypek stellt fest, dass Herr Sven Strauß zur Wahl vorgeschlagen wurde und bittet um weitere Wahlvorschläge.

Es gehen keine weiteren Vorschläge ein.

Herr Hüttel weist darauf hin, dass die Themen Abwasser und Trinkwasser kompliziert sind, Herr Poschmann aus dem Oberbürgermeisteramt ausscheidet und Herr Schweiger möglicherweise nach Berlin geht. Die Stadt besitzt 50 Prozent der Anteile. Er fragt, ob es sich Herr Poschmann vorstellen könnte, zumindest für die nächste Zeit, bis sich Herr Strauß eingearbeitet hat, das zusammen mit ihm weiterzuführen.

Herr Poschmann lehnt ab. Das ist mit Herrn Strauß so abgestimmt. D.h., wenn Herr Strauß Fragen hat, kann er diese in der Verwaltung klären. Dafür wurden Strukturen geschaffen. Für Hinweise, Anregungen und/ oder Bedenken steht er auch weiterhin zur Verfügung, aber nicht für dieses Amt.

Herrn Kemesies irritiert die Formulierung "Bestimmung eines Vertreters". Das hört sich an, als ob es nur noch ein Vertreter geben soll. Er fragt, ob Herr Schweiger weiterhin seine Aufgaben als Stellvertreter ausführt und Herr Strauß die bisherigen Aufgaben vom Oberbürgermeister übernimmt.

Herr Poschmann erklärt, dass es nach der Verbandssatzung einen Vertreter und von diesem Vertreter, einen 1. Stellvertreter und einen 2. Stellvertreter gibt. Das bleibt so.

Herr Skrypek fragt Herrn Strauß, ob er mit der Kandidatur einverstanden ist und die Stadträte, ob sie einer offenen Wahl widersprechen.

Herr Strauß ist einverstanden und da es keinen Widerspruch seitens der Stadträte gibt, wird eine offene Wahl durchgeführt.

Abstimmung über den Wahlvorschlag

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Somit ist Herr Sven Strauß einstimmig vom Stadtrat als Vertreter der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz" gewählt.

Herr Skrypek fragt, ob Herr Strauß die Wahl annimmt.

Herr Strauß antwortet mit Ja.

Die Wahl wird unter der **Beschluss- Nr. 8- 29/17** registriert.

Pause von 18:02 Uhr bis 18:17 Uhr

18:06 Uhr
Frau Hahn geht = 29

18:10 Uhr
Frau Künzel kommt = 30

8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

8.1 Änderung Beschluss des Stadtrates Nr. 11-24/16, Grundstückstausch zum Vorhaben Neubau Kinderhort Poetengang, Gemarkung Sangerhausen, Flur 15

8.2 Antrag auf Verlängerung einer zinslosen Stundung einer Beitragsforderung

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen

8.3 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz

9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

9.1 Informationen - Sachstand zum Erwerb von Grundstücken durch die LGSA gemäß Bodenbevorratungsvertrag

9.2 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom 09.05.2017 zur Übernahme und Ausführung einer ausstehenden Zahlung an den Wasserverband

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Er informiert, dass die nächste Ratssitzung am 27.07.2017 im Goldenen Saal, Amtsgericht, Markt 3 stattfindet.

Um 18:30 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender